

Migrations- und Integrationsberichte: ein Strukturvergleich Österreich-Deutschland

Thränhardt, Dietrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thränhardt, D. (2008). *Migrations- und Integrationsberichte: ein Strukturvergleich Österreich-Deutschland*. (KMI Working Paper Series, 13). Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung (KMI). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-426926>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Österreichische
Akademie der
Wissenschaften

Migrations- und Integrationsberichte - ein Strukturvergleich Österreich- Deutschland

Dietrich Thränhardt

KMI Working Paper Series

Working Paper Nr: 13

**Kommission für Migrations- und Integrationsforschung
Commission for Migration and Integration Research**

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Postgasse 7/4/2

A- 1010 Wien

Fon: +43-1-51581-3538

Fax: +43-1-51581-3533

Mail: wiebke.sievers@oeaw.ac.at

<http://www.oeaw.ac.at/kmi/>

Migrations- und Integrationsberichte - ein Strukturvergleich Österreich- Deutschland

1. Amtliche Berichterstattung vs. offenes Koordinierungsverfahren

Die aktuelle Migrationsberichterstattung in Deutschland und Österreich verwendet extrem unterschiedliche Muster, Berichtssysteme und Berichtsphilosophien. In Deutschland handelt es sich um mehrere voluminöse offizielle Berichte der zuständigen Institutionen. Allein auf Bundesebene sind im Jahr 2007 der 7. Bericht der Integrationsbeauftragten mit 247 Seiten und der 2. Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit 326 Seiten erschienen. Dabei gibt es eine gewisse Arbeitsteilung. Während der Bericht der Beauftragten sich schwerpunktmäßig mit Integration beschäftigt, geht es im BAMF-Bericht hauptsächlich um Zuwanderung. Gleichwohl kommt es zu vielen Überschneidungen. Die beiden Berichte enthalten eine Fülle interessanter Daten, Tabellen und Schaubilder, die man heutzutage allerdings günstiger im Internet abrufen kann, wo beide Berichte auch zugänglich sind. Während das Bundesamt eigenständige Forschungen durchführt, beruht der Bericht der Beauftragten auf einer Kompilation von Daten aus unterschiedlichen Quellen. Die beiden großformatigen und großzügig ausgestatteten Bände dienen auch der Selbstdarstellung: einmal der Beauftragten, die seit 2005 den Rang einer Staatsministerin im Bundeskanzleramt hat und sich im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen nicht als Stimme der Migrantinnen, sondern ausschließlich als Stimme der Bundesregierung versteht und zweitens des Bundesamtes, das eine zentralistische Institution im föderalistischen System der Bundesrepublik darstellt und dem Innenministerium zugeordnet ist. Die Existenz zweier Berichte bildet insofern die institutionellen Verhältnisse auf der Bundesebene ab. Die Berichte werden auf Grund ihres offiziellen Charakters auch mit weiteren Ministerien abgestimmt, etwa mit dem Arbeitsministerium. Das Bundesamt wird allerdings in Zukunft keine Gesamtberichte mehr herausgeben, sondern mit Einzelberichten versuchen, bestimmte Bereiche zu analysieren. Insgesamt sind inzwischen sechzehn dieser Einzelberichte erschienen, zuletzt zu den Themen schulische Bildung und sprachliche Integration.

Im Gegensatz zu dem im Jahr 2004 vorgelegten Gutachten des im gleichen Jahr wieder aufgelösten „Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration“ sind die beiden Berichte wenig analytisch angelegt. Sie beschränken sich auf Beschreibung. Insbesondere der Bericht der Beauftragten bietet kaum vertiefende Einsichten und schlägt auch keine Brücken zu der in Deutschland inzwischen umfangreich vorhandenen analytischen Literatur. Die entstehenden Defizite seien an zwei Beispielen aufgezeigt: Im Zusammenhang mit „einer großen deutsch-italienischen Integrationskonferenz im Juni

2007“ wird auf eine neue Form der italienisch-deutschen Kooperation“ verwiesen (S. 21). Genannt wird dann ein einziger „italienischer Tag für Bildung und Schule“ im Rhein-Neckar-Raum. Zu Recht wird darauf verwiesen, dass sich das Bildungsniveau der italienischen Kinder in den letzten Jahren kaum verbessert habe. Es ist nach allen Analysen noch etwas niedriger als das der türkischen Kinder. Genauer eingegangen wird weder auf diese Tatsache noch auf die erschreckend hohen Sonderschulquoten der italienischen Kinder in Bayern und Baden-Württemberg. Die entsprechende Literatur wird nicht genannt. „Außer Spesen nichts gewesen“, könnte man dieses Kapitel kurz zusammenfassen. Auch im BAMF-Einzelbericht „schulische Bildung“ taucht das Problem kurz auf, es wird aber nicht analytisch behandelt. Ganz entsprechend oberflächlich ist im Bericht der Beauftragten auch der Gesundheitsteil gehalten. Auch dort wird auf Kommissionen verwiesen. Der Name von Oliver Razum, des führenden Spezialisten für die Gesundheit von Migranten, taucht nirgends auf. Insgesamt tragen die Berichte deswegen wenig zur Orientierung bei, sie sind allenfalls für den schon problembewussten Leser interessant, der einige neue Daten finden kann.

Wenn man sich daran erinnert, dass das Arbeitsministerium schon seit 1981 regelmäßig empirische Studien herausgebracht hat, die die soziale und wirtschaftliche Lage der Anwerbe-Ausländer und ihrer Familien präzise darstellten (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Venema/Grimm), so ist die heutige Situation eher als defizitär zu beschreiben. Auch der Bericht der Süßmuth-Kommission von 2001 wäre positiv zu erwähnen. Es entsteht der Eindruck, dass sich die Beauftragte von der wissenschaftlichen Forschung abkoppelt und sich auf eigene Komitees beschränkt, mit dem Ziel, Erfolge zu verkünden.

Außer den Berichten der beiden Bundesinstitutionen bringen auch einige Bundesländer eigene Berichte heraus, verantwortet von den entsprechenden Ministerien oder den Beauftragten. Nordrhein-Westfalen hat 1994 einen systematischen Bericht im Rahmen einer breiteren Lebenslagen-Berichterstattung erstellen lassen. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht ausgezeichnete Statistiken, etwa zur Entwicklung der Einbürgerung, differenziert nach Bundesländern, Nationalitäten und Altersgruppen. Die Bundesbeauftragte selbst wird im Sommer 2008 ein Indikatorensystem herausbringen, mit dem die Integration der Migranten evaluiert werden soll. Dabei werden allerdings Kriterien angewandt, die international unüblich sind, etwa bei den Einbürgerungsquoten. Überraschend ist auch das Ziel eines Abbaus der Hauptschulanteile. Immerhin ist ein Hauptschulabschluss doch einem Abbruch sehr vorzuziehen. Die Realschule wird gar nicht erwähnt. Interessant wird sein zu beobachten, wie die großen Bundesländer NRW, Bayern und Baden-Württemberg reagieren, die weiterhin an der Hauptschule festhalten.

Von seiner Entstehung und seinem Konzept her völlig anders ist der österreichische Bericht angelegt. Er beruht zum Teil auf einem offenen Call for Papers an alle interessierten Migrationsforscher und Praktiker, auf dessen Grundlage dann ein systematischer Bericht entwickelt wurde, der innovative Elemente ebenso enthält wie Überblickdarstellungen zum gegenwärtigen Stand der Migration und Integration in Österreich. Der Bericht hält eine Balance zwischen sachlicher Darstellung der Fakten, der Nachzeichnung des öffentlichen Diskurses und der politischen Entscheidungsfindung einerseits

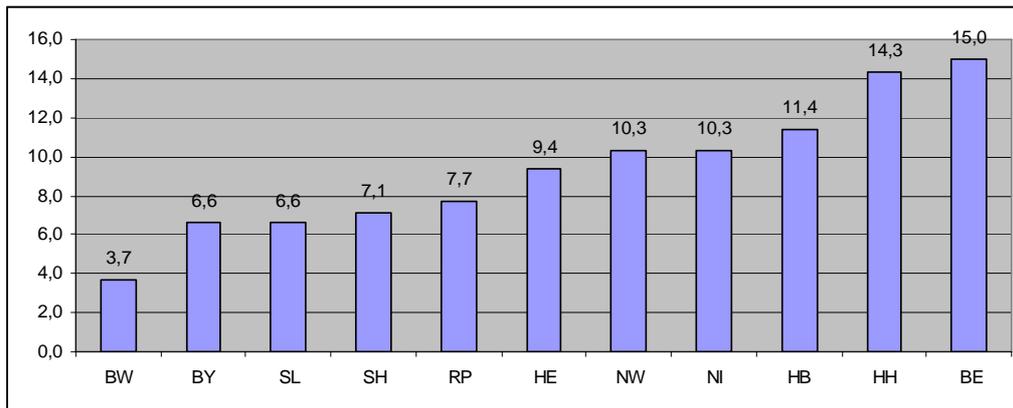
und der qualitativen und normativ begründeten Kritik daran andererseits. Von den Autoren der einzelnen Beiträge wird das etwas unterschiedlich akzentuiert.

Gleichwohl ist ein geschlossenes Ganzes entstanden, zusammengesetzt aus systematisch konzipierten Kapiteln und innovativen Kurztexten, etwa zum Heiratsverhalten, zur Familienstruktur der Einwanderer aus der Türkei, zur Bildungsverwertung oder zum „Staatsbürgerschaftsbonus“. Es handelt sich um eine bemerkenswerte Koordinationsleistung, in der die Autoren, die finanzierenden Ministerien und Institutionen konstruktiv zusammengebracht worden sind, ohne dass unterschiedliche Meinungen verschleiert worden wären. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften und ihre koordinierende Kommission hat ihre koordinierende Rolle vorbildlich wahrgenommen. Wenn man dieses Konkordanz-Produkt im besten Sinne betrachtet, fühlt man sich als ausgebildeter Historiker unwillkürlich an das schöne alte Motto zur Habsburgischen Heiratspolitik erinnert: *„Bella gerant alii, tu felix Austria nube. Nam quae Mars aliis, dat tibi diva Venus.“*

2. Innere Differenzierungen

Heinz Fassmann, der Herausgeber des österreichischen Berichts, übrigens eine Immigrant aus Düsseldorf, ist Geograf. Räumliche und soziale Aspekte werden in dem Bericht fruchtbar gemacht, etwa mit der Gegenüberstellung der Schwerpunkte der Migranten aus ehemaligen KuK-Ländern in Wien und im östlichen Österreich und der völlig anderen Struktur der weiblichen Einwanderung eher im Westen. Im Gegensatz dazu befremdet bei den deutschen Berichten der Verzicht auf jegliche regionale Differenzierung, entweder aus amtlicher Vorsicht gegenüber den Bundesländern oder aus mangelndem Interesse. Der Osten Deutschlands mit seinen spezifischen Strukturen und seinen interessanten positiven Entwicklungen im Bildungsbereich (vgl. Weiss/ Kindelberger) kommt so gut wie überhaupt nicht vor. Die großen Differenzen zwischen den Bundesländern und ihrer unterschiedlichen Bildungspolitik (vgl. Thränhardt 1999, Hunger/ Thränhardt 2006) werden ebenfalls nicht angesprochen. Der hartnäckige Leser findet zwar auf Seite 226 des Berichts der Beauftragten die Angabe, dass in Baden-Württemberg 3,7 % der ausländischen Jugendlichen Abitur machen, in Nordrhein-Westfalen dagegen 10,3 %. Es gibt dazu keine Erläuterung und auch keine Grafik, zur Verdeutlichung sei sie deswegen hier nachgeliefert (Schaubild 1). Merkwürdigerweise sind auch nur die alten Bundesländer aufgeführt. Zu viel Aufsehen wäre wahrscheinlich auch nicht erwünscht, denn das erschreckende baden-württembergische Ergebnis liegt in der Verantwortung der langjährigen Landesbildungsministerin Schavan, die heute erklärt, dass „Bildung Schlüssel für erfolgreiche Integration“ ist (Pressemitteilung 136/2007 vom 21.6.2007). Bei den Zahlen der Abgänger ohne Schulabschluss ergeben sich ähnlich gravierende Diskrepanzen zwischen den Bundesländern.

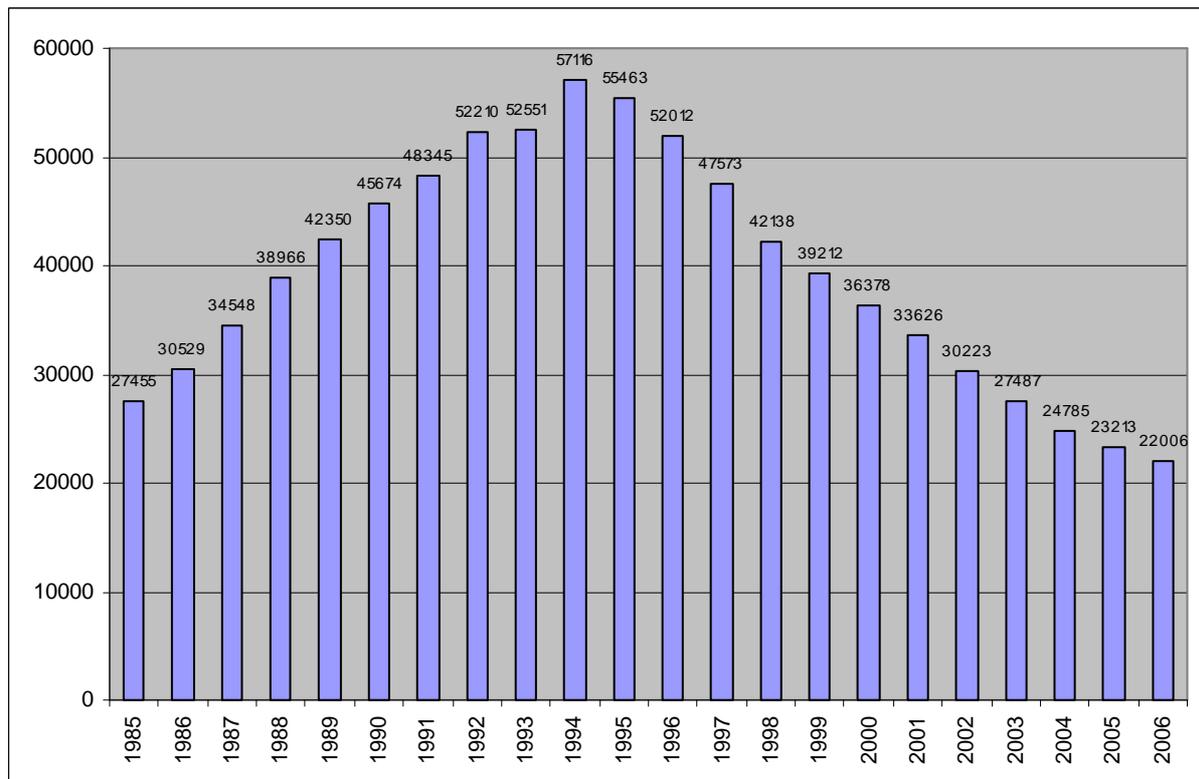
Schaubild 1: Abiturquote von Schulabgängern mit ausländischer Staatsangehörigkeit: Vergleich der in den alten Bundesländern in Prozent 2005/06



Quelle: 7. Bericht der Beauftragten, S. 226

Mit Recht stellt der Bericht der Beauftragten auf Seite 47 fest, dass es bei der Berufsausbildung einen „ungebrochenen Negativtrend“ gibt. Seit 1994 geht die Ausbildungsbeteiligung jedes Jahr zurück und der Anteil der Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an den Ausbildungsplätzen sinkt ebenfalls jedes Jahr, obwohl ihre schulischen Qualifikationen gleichzeitig jedes Jahr besser werden.

Schaubild 2: Anstieg und Abnahme der Ausbildungsbeteiligung Jugendlicher mit ausländischer Staatsangehörigkeit



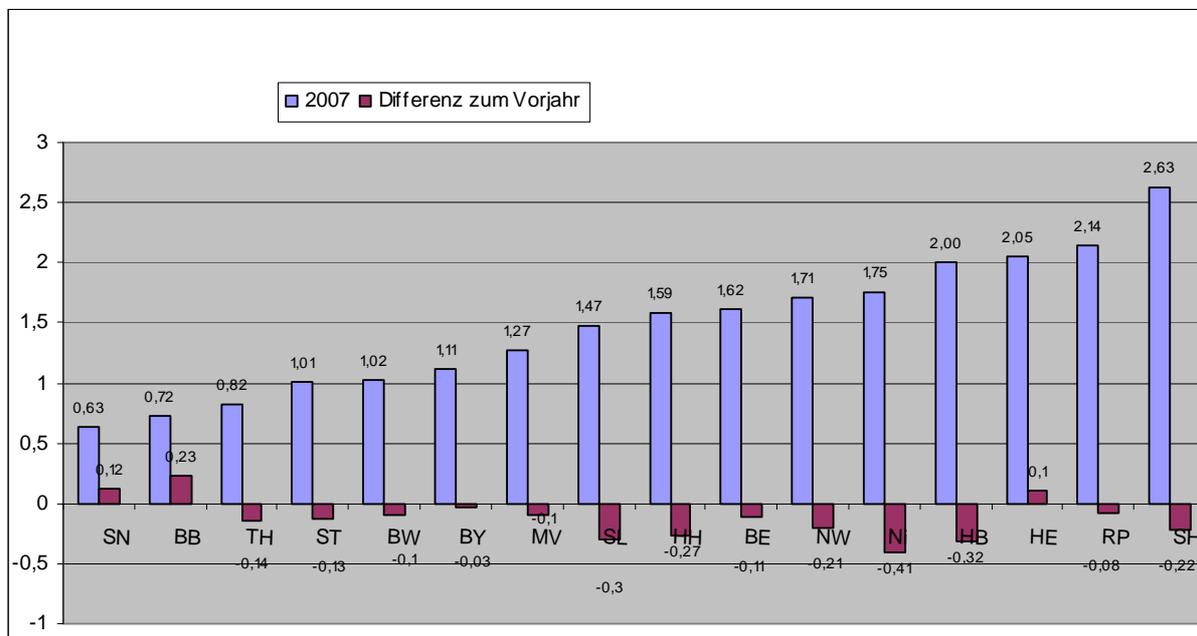
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2007, eigene Darstellung.

Hier wäre es interessant, von Österreich und von der Schweiz zu lernen, die nicht nur auf Grund ihrer besseren Arbeitsmarktlage, sondern auch auf Grund einer differenzierten Gestaltung der Ausbildungsgänge und einer lösungsorientierteren Zusammenarbeit der Sozialpartner ihre Ausbildungssysteme günstiger gestalten konnten. Der österreichische Bericht stellt „deutliche Zuwächse“ im „Bereich der Lehrlingsausbildung“ fest (237), geht aber auf dieses österreichische Aktivum leider nicht weiter ein.

Wie in Deutschland sind auch in Österreich die Wohn-Segregationsraten im internationalen Vergleich relativ gering. Ein Unterschied hat allerdings lange Zeit darin bestanden, dass Nicht-Staatsbürger in der Metropole Wien keinen Zugang zu den dortigen Gemeindewohnungen bekamen und deswegen vielfach eher randständig untergebracht waren. In Deutschland gab es derartige Probleme nur während der ersten Einwanderungswellen bis 1973 und noch einmal in den frühen neunziger Jahren, als der Wohnungsmarkt sehr angespannt war. Der österreichische Bericht zeichnet die Siedlungsmuster in den Einwanderungsstädten nach. Ähnliche Studien existieren zwar auch in Deutschland (Strohmeier 2006), sind aber in die Integrationsberichte nicht eingegangen. Empirisch vergleichende Studien wären aber auch in diesem Feld wertvoller als ideologisch aufgeladene Diskussionen über „Koloniebildung“ oder „Parallelgesellschaft“.

Auch in Bezug auf die Einbürgerung differieren die deutschen Bundesländer ebenso wie die österreichischen extrem. Für 2007 sei dies in einem Schaubild veranschaulicht.

Schaubild 3: Einbürgerung im Vergleich der Bundesländer 2007



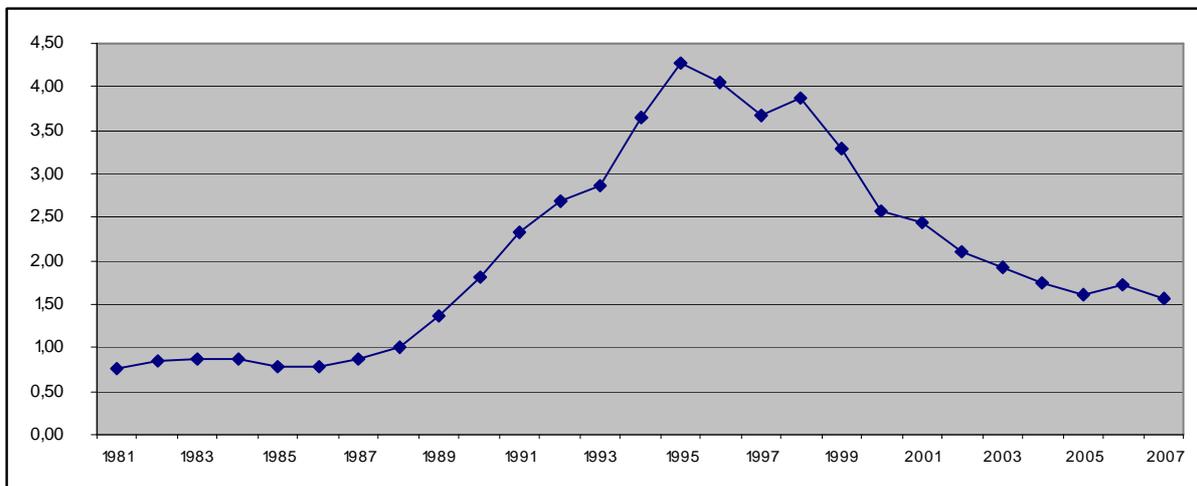
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

In beiden Ländern arbeitet die Politik an einer Verringerung der Einbürgerungszahlen, die in Österreich sehr viel höher waren als in Deutschland. In Österreich geschieht dies im offenen politischen Diskurs mit xenophoben Zügen, wie der österreichische Bericht nachzeichnet. In

Deutschland ist es in einen paternalistischen Diskurs eingebettet. In beiden Ländern enthalten die neuen Einbürgerungstests zum Teil sehr spezielle Fragen (zu den Fehlern des deutschen Tests vgl. <http://egora.uni-muenster.de/pol/personen/thraenhardt.shtml>). Gleichwohl sind die Einbürgerungszahlen bis heute in Österreich höher.

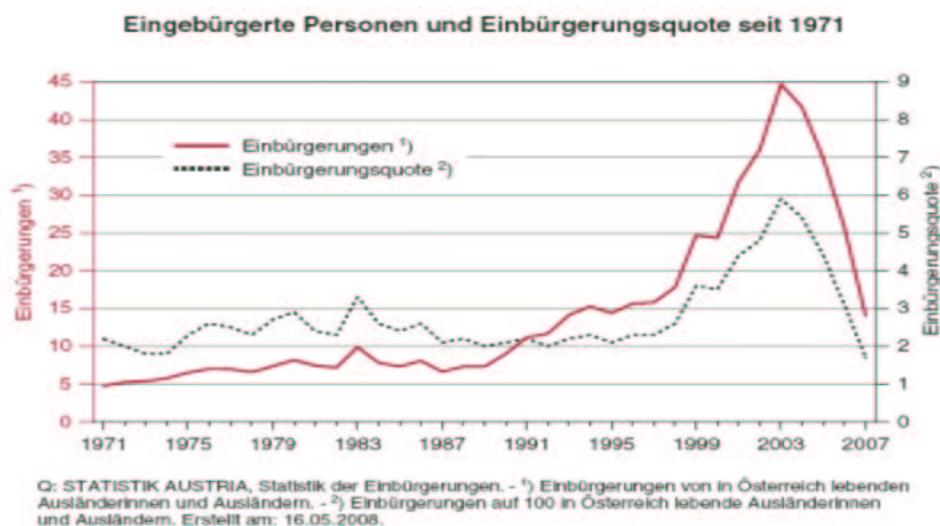
Interessant ist in diesem Zusammenhang der empirische Nachweis eines positiven Zusammenhangs zwischen Einbürgerung und Integration im Arbeitsmarkt und in der Bildung, auch wenn andere Faktoren konstant gehalten werden. Barbara Herzog-Punzenberger führt ihn für Österreich (242 ff.), eine entsprechende Analyse gibt es auch für Deutschland (Steinhardt 2008). Beide Länder könnten also wirtschaftlich und politisch gewinnen, wenn sie Einbürgerung stärker möglich machen würden, wie es klassische Einwanderungsländer seit langem in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse tun.

Schaubild 4: Einbürgerungsquoten in Deutschland 1981-2007



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008, Ausländische Bevölkerung nach Bevölkerungsfortschreibung bzw. Ausländerzentralregister (AZR) zum Stand 31.12. des jeweiligen Jahres.

Schaubild 4: Einbürgerungen in Österreich 1996-2007



Siehe unter. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/einbuengerungen/022160.html.

3. Internationale Einordnung und zukunftsweisende Aspekte

Im Gegensatz zu den deutschen Berichten beeindruckt im österreichischen Bericht die intensive Verarbeitung komparativer Daten und die Einordnung in den internationalen Kontext. Wie wichtig das ist, sei an einem Beispiel verdeutlicht. Der Bericht der Beauftragten zitiert auf Seite 110 eine Umfrage unter Verantwortung Wilhelm Heitmeyers, nach der mehr als die Hälfte der Deutschen meinten, es zu viele Ausländer in Deutschland (eher zustimmend plus voll zustimmend). Dies wird – Heitmeyer folgend – in den Kontext „menschenfeindliche Einstellung der deutschen Bevölkerung“ gestellt. Nun ist aus der internationalen Forschung bekannt, dass diese Frage in allen untersuchten Ländern ähnlich beantwortet wird. Einzige Ausnahme ist meines Wissens Japan, wo es keine nennenswerte Einwanderung gibt. Der Bericht schreibt dann selbst, dass andere Umfrageformulierungen zu anderen Ergebnissen führen. Hier wäre ein abgewogeneres Urteil vorteilhaft. Aufgeregtheit auf Grund wenig verlässlicher Datengrundlagen mag zwar prominent machen, führt aber nicht weiter.

Der österreichische Bericht geht stärker auch auf informelle Arbeit ein – ein schwierig zu erschließende Feld, das in Deutschland besonders tabuisiert wird. Dies wäre sowohl kategorial wie von der Einsicht in Lebenslagen wünschenswert. Augenscheinlich ist auch in Deutschland, dass der Bereich Haushaltsdienstleistungen weitgehend kontrollfrei ist, während beispielsweise die Baubranche intensiv kontrolliert wird.

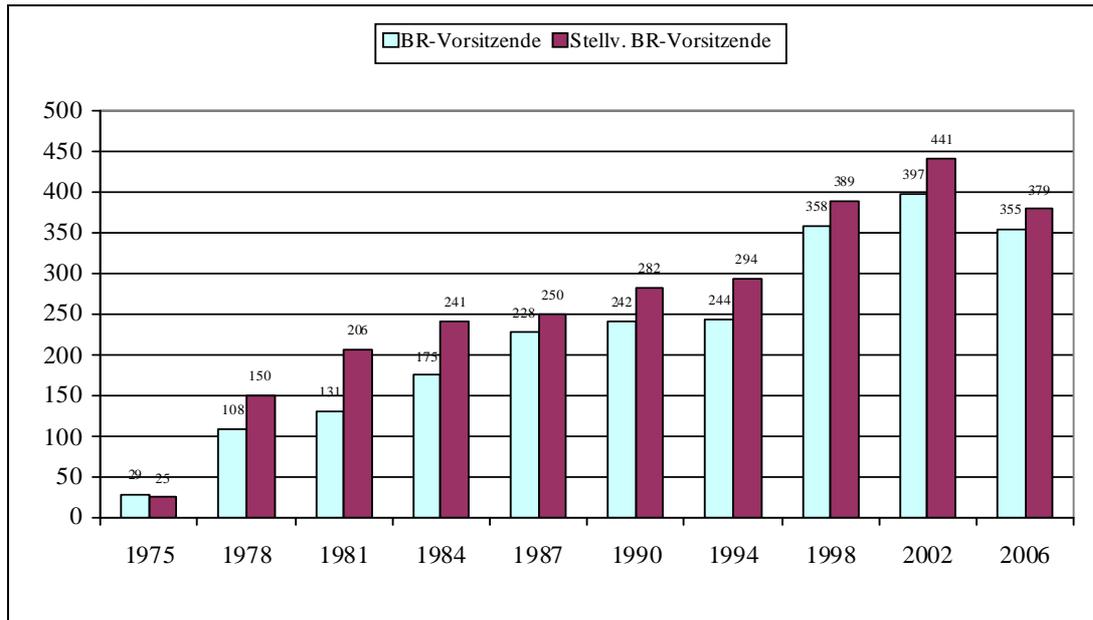
In den deutschen Berichten wird überhaupt nicht auf die Betriebsverfassung eingegangen, im österreichischen nur am Rande. Dabei ist die aktive Beteiligung aller Arbeitnehmer an den Betriebsratswahlen im internationalen Vergleich das größte Aktivum der deutschen Integration, seit der Bundestag 1972 einstimmig allen ausländischen Betriebsangehörigen das volle aktive und passive Wahlrecht einräumte. Wie Schaubild 5 zeigt, ist seitdem die Zahl der Betriebsratsvorsitzenden mit Migrationshintergrund von Wahlperiode zu Wahlperiode angestiegen – ein Beweis auch für die Integrationskraft voller Beteiligung. Hoch sind auch die Zahlen bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Auch in diesem Bereich wären vergleichende Analysen zwischen Österreich und Deutschland aufschlussreich.

Der österreichische Bericht enthält auch ein eigenes Kapitel zu Migrantorganisationen – einem Kapitel, das auch in Deutschland immer mehr Interesse findet und inzwischen quantitativ exakt und qualitativ tiefgehend beschrieben werden kann (Halm/Sauer 2007). Auch hier wäre für Deutschland eine Brücke zwischen Forschung und offiziellen Berichten wünschenswert.

Der österreichische Bericht weist auf Lücken bei der Gesundheits- und Pflegeplanung hin. Dazu ist im Juli 2008 im Auftrag der deutschen Bundesministeriums für Gesundheit ein Bericht zur Gesundheitslage von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erschienen, in dem das Robert-Koch-Institut und das Statistische Bundesamt zusammengearbeitet haben. Der Bericht bildet zuverlässig und differenziert die Unterschiedlichkeiten ab, die teilweise günstigere Daten bei den Migranten-Jugendlichen zeigen, unterschiedlich auch nach Herkunft (weniger Alkohol- und Tabakbelastung, längere Stillzeiten der Mütter, weniger Allergien etwa bei türkischem und polnischem Hintergrund), teilweise auch höhere Belastungen (Übergewicht). Interessanterweise ist das

Essverhalten in Bezug auf Obst und Gemüse bei Migrantenkindern zunächst besser, verschlechtert sich jedoch bei längerem Aufenthalt in Deutschland unter dem Einfluss eines „vermeintlich modernen Lebensstils“ (S. 122). Hier werden interessante Gesichtspunkte für die Gesundheitspolitik bereitgestellt. Bei bestimmten Aspekten, etwa bei Rauchen, wäre mehr Geschlechterdifferenzierung wünschenswert gewesen. Zwei ebenfalls ganz neue BAMF-Berichte zum Thema Gesundheit, die das *healthy migrant syndrom* diskutieren, fallen demgegenüber qualitativ ab.

Schaubild 5: Betriebsratsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende ausländischer Herkunft im IG-Metall-Bereich 1975-2006



Quelle: IG Metall. Die Verringerung 2006 ergibt sich aus unterschiedlichen Stichtagen bei der Datenerhebung. Stichtag für die Zahlen von 2002: Februar 2003, Stichtag für die Zahlen von 2006: September 2006.

Ist der österreichische Bericht also eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis, inspiriert er zum Weiterdenken, Weiterforschen, Vergleichen und zum Handeln, so bleibt bei den deutschen Berichten noch vieles zu verbessern. Sie spiegeln den gegenwärtigen Zustand der deutschen Migrationspolitik: Ein generell entspanntes und positives Klima und das Bewusstsein, Versäumnisse aufholen zu müssen, gleichzeitig ein Tiefstand der Zuwanderung und kaum Fortschritte bei den Schlüsselfragen der Integration in Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt und Einbürgerung. Hoffnung erwecken allerdings die Vorankündigungen zum neuen Integrationsbericht Nordrhein-Westfalens, der erstmals auf dem Mikrozensus beruht, die eingebürgerten einbezieht und bei diesen beispielsweise eine höhere Abiturquote feststellt als bei den Einheimischen. In Österreich dagegen finden wir – verstärkt im Wahlkampf 2008 – ein eher negatives Klima und Angst vor den beiden im Parlament vertretenen xenophoben Parteien, andererseits aber Integrationsfortschritte im sozioökonomischen Bereich, der in einer Marktwirtschaft Schlüsselfunktionen wahrnimmt. Angesichts der Ähnlichkeit der beiden Länder ist der deutsch-österreichische Vergleich aufschlussreich und vor allem die deutsche Seite sollte ihn stärker beachten.

Literatur:

Aydin, Hayrettin/ Dieregsweiler, Renate/ Jungk, Sabine/ Sen, Faruk/ Thränhardt, Dietrich, Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW, Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1999.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Migration und Integration, <http://www.stmas.bayern.de/migration/index.htm>,
<http://www.stmas.bayern.de/migration/material/berichte.htm#intefolg>.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 7. Bericht der Beauftragten des Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin: Beauftragte 2007.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Ausschreibung: Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorenset und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, Berlin 2008,
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2008/07/2008-07-17-ausschreibung-integrationsindikatorenbericht,layoutVariant=Druckansicht.html>.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2006, Nürnberg: BAMF 2007.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland, Working Paper 14, Reihe Integrationsreport Nürnberg: BAMF 2008.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Schulische Bildung von Migranten in Deutschland, Working Paper 13, Reihe Integrationsreport, Nürnberg: BAMF 2008.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung, '80, Bonn 1981, '85, Bonn 1986; '95, Bonn 1995.

Fassmann, Heinz / Stacher, Irene (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt/ Celovec: Drava-Verlag 2003.

Fassmann, Heinz (Hrsg.), 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006, Klagenfurt/ Celovec: Drava-Verlag 2007.

Halm, Dirk; Sauer, Martina: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag. 2007.

Hunger, Uwe/ Thränhardt, Dietrich 2006: Der Bildungserfolg von Einwandererkindern in den westdeutschen Bundesländern. Diskrepanzen zwischen der PISA-Studie und den offiziellen Schulstatistiken, in: Georg Auernheimer (Hrsg.), Schieflagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, Opladen: Leske + Budrich, 2. Aufl., S. 51-67.

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht des Landesregierung, <http://www.mgffi.nrw.de/pdf/integration/zuwanderung-integration.pdf>.

Robert Koch Institut/ Statistisches Bundesamt, Kinder und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003-2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland, Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Berlin 2008.

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, Migrationsbericht 2004. Bericht des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration im Auftrag der Bundesregierung, Berlin 2004, <http://www.zuwanderungsrat.de>.

Steinhardt, Max Friedrich, Does Citizenship Matter? The Economic Impact of Naturalizations in Germany, HWWI Research Paper 3-13, 2008, www.hwwi.org.

Strohmeier, Klaus Peter, Segregation in den Städten, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2006

Thränhardt, Dietrich/ Dieregswiler, Renate/ Funke, Martin/ Santel, Bernhard, Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik, Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales 1994 (.Landessozialbericht Band 6).

Thränhardt, Dietrich 1999: Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, in: Heinz Fassmann/ Helga Matuschek/ Elisabeth Menasse (Hrsg.), Abgrenzen - Ausgrenzen - Aufnehmen. Empirische Befunde zur Fremdenfeindlichkeit und Integration, Klagenfurt 1999, S. 201-220.

Venema, Mathias/ Grimm, Claus, Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland Bonn 2002.

Weiss, Karin/ Kindelberger, Hala (Hrsg.), Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transferexistenz und Bildungserfolg, Freiburg: Lambertus 2007.